SdAPÖ - Parteitag 1920 - Antrag der Linken, 1920

1 Seite, Faksimile

Antrag der Linken.

Die nächsten wirtschaftlichen und politischen Aufgaben.

Massen hungern. Ausgiebige Nahrung heischt ...srecht der Arbeiter, Angestellten, Beamten. ...er Arbeitskraft durch ausgiebige Nahrung ist ...voraussetzung des Aufbaues unserer Wirtschaft.

Brot-, Mehl- und Fettrationen müssen aus...öht, die Anschaffung von Fleisch und Zucker ...iglicht werden zu Preisen, die die Massen er... können. Der Staat muß die Einfuhr von ...teln aufs äußerste steigern. Die Mittel dazu ... die Vermögensabgabe der Reichen liefern. Die ...ung der Vermögensabgabe gefährdet das ... Hundertlausenden.

... Reichsarbeiterrat fordert, daß ...ationalversammlung die Ver...gabgabe unverzüglich erledige, ...auf Grundlage folgender Mindestbedin...:

Die Vermögensabgabe ist zur Gänze in zwei ...rsraten zu leisten.

Das Kirchenvermögen ist so zu besteuern wie ...dere Vermögen.

Landwirtschaftlicher Besitz ist zu bewerten:

...i Gesamtbesitz bis 5 Hektar nach dem Ertrags...m 1. Jänner 1914;

...i Gesamtbesitz bis 50 Hektar nach dem Kauf...m 1. November 1918;

...i Gesamtbesitz über 50 Hektar nach dem Kauf...m 1. Juni 1920.

Bewertet ein Steuerpflichtiger ein Ver...tück zu niedrig, so kann es der Staat nach Vor... dem vom Steuerpflichtigen angegebenen Wert ...men und umgekehrt (Anforderungs-, An...verfahren).

Die Abgabefreiheit, die vorgesehen ist für alle ...en, die im abgabepflichtigen Gesamtbetrag ...Kr. nicht übersteigen, ist zu erstrecken bis zu ...Kr.

...ir Vermögen über 30.000 bis 100.000 Kr. ist ...abe derart zu ermäßigen, daß sie bei 100.000 Kr. ...nur 3 Prozent beträgt.

...rüber hinaus sind die vom Finanzausschuß ...nen Abgabesätze zu erhöhen. Insbesondere sind ...mögen über 10 Millionen die Abgabesätze derart ...ern, daß bei Vermögen über 100 Millionen ...ent zu entrichten sind.

Aktiengesellschaften und Großunternehmungen ...ie Vermögensabgabe in Gratisaktien.

...m Grundbesitz ist sie durch Einräumung einer ...f an den Staat zu entrichten.

...snahmen sind nur zulässig innerhalb der ... des Antrages Bauer.

... Form von Kriegsanleihe darf die Vermögens...entrichtet werden nur vom Kriegsanleihebesitz. ...ar wird sie bei Vermögen bis zu 60.000 Kr. ...gebungskurs, bei Vermögen über 60.000 Kr. ...rs von 65 Prozent des Nennwertes über...

Bei der Schätzung und Bewertung, bei der ...ung des Anforderungs- und Anbietungsver... werden Vertrauensmänner der Stadt- und ...eiter,/der Häusler, Zwerg- und Kleinbauern ...iden. Sie haben das Recht, die Durchführung ...tzes in allen seinen Phasen zu kontrollieren.

Der Ertrag der Vermögensabgabe ist zu ver... in erster Linie zur Beschaffung der dringend...enstedürfnisse, sodann zur Verkleinerung des ...enumlaufes, schließlich auch zur Tilgung der ...huld.

... Reichsarbeiterrat fordert, daß ...oletarischen Vertrauensmänner ...Regierung demissionieren, sofern ...tionalversammlung die Ver...abgabe auf Grundlage der obigen ...ungen nicht längstens bis zum ... zum Gesetz erhebt.

...dem Gebiet der **Wirtschaftspolitik** fordert der ...terrat ferner:

...estlose Aufbringung der Kon...e. Nötigenfalls unter Heranziehung militäri...enzen.

...erechte Verteilungswirtschaft.

...r einheitlichen Bewirtschaftung der lebenswich...arfsartikel sind von ~~Staats~~ wegen Anstalten ins ...ufen, deren Leitung ausschließlich Vertrauens...er Arbeiter, Angestellten und Beamten zu über...

...ontrolle der Lagerhäuser, der Magazine, ...chböden der Spediteure, Großhändler und ...n nach verheimlichten Vorräten unter Mit...r Arbeiterräte.

Beschlagnahme der verheimlichten Vorräte zugunsten des Staates, der sie zu angemessenen Preisen dem Konsum oder der Produktion zuführt.

Hohe Kerker- und Geldstrafen für Verheimlicher und Preistreiber. Ihr Handelsbetrieb verfällt dem Staate, der ihn den Konsumgenossenschaften zu angemessenem Preise überträgt. Das Personal ist in den Dienstbetrieb der Konsumgenossenschaft zu übernehmen.

c) Unterdrückung des Wohnungswuchers.

In den größeren Städten organisieren die Arbeiterräte Mieterausschüsse und bekämpfen Zinssteigerungen, Kündigungen, Delogierungen sowie parteiisches, sabotierendes Wirken einzelner Bürokraten bei den Wohnungs- und Mietämtern durch Aktionen der organisierten Mieter.

Die Landesregierung wird aufgefordert, den § 1 sofort in Kraft zu setzen.

Die Gemeinde wird aufgefordert, von dem ihr dort eingeräumten Alleinverfügungsrecht über freiwerdende Wohnungen und Wohnräume schleunigst Gebrauch zu machen.

Die Arbeiterräte werden dafür sorgen, daß die Gemeinde von allen freiwerdenden Wohnungen und Wohnräumen erfahre und tatsächlich von ihrem Alleinvermietungsrecht Gebrauch mache.

Der Ablösewucher muß verschwinden.

3. Die Gemeinschaftsküchen sind in allen Städten von Gemeinde wegen großzügig auszugestalten.

4. Steigerung der Produktion:

In der Landwirtschaft durch Mehreinfuhr von Kunstdünger und Futtermitteln und durch Sozialisierung aller landwirtschaftlichen Betriebe über hundert Hektar.

In der Urproduktion durch erhöhte Belieferung der Kohlenbergarbeiter mit Lebensmitteln und durch schleunige Inangriffnahme des großen Donaukraftwerkes.

In der Verarbeitungsindustrie durch erhöhte Einfuhr von Kohle, Rohöl, Benzin und Rohstoffen aller Art.

Die Staatsbetriebe sind gemeinwirtschaftlich zu konzentrieren und zu entbürokratisieren.

5. Die Betriebsräte der zusammenhängenden Industrien sind territorial zusammenzufassen, derart, daß sie schließlich in einer Zentrale ausmünden.

In Bezug auf die Leitung wirtschaftlicher Aktionen sind organisatorische Vorkehrungen zu treffen, die das harmonische Zusammenarbeiten mit der Gewerkschaftskommission gewährleisten.

Gründliche Ausbildung der Betriebsräte. Die hiezu erforderlichen Mittel sind vom Staat zur Verfügung zu stellen.

Auf dem Gebiet der **inneren Politik** fordert der Reichsarbeiterrat mit Rücksicht darauf, daß die Bauern durchwegs bewaffnet sind, daß die Bourgeoisie in Kärnten und Tirol alle reaktionären Elemente offen in Heimwehren organisiert und mit Maschinengewehren, Handgranaten und Geschützen bewaffnet, mit Rücksicht schließlich darauf, daß die deutsche Reaktion zum Staatsstreich rüstet:

1. In allen Orten haben die Arbeiterräte unverzüglich Heimwehren aus verläßlichen Republikanern zu organisieren. Die Mitglieder dieser Heimwehren sind mit Infanteriegewehren und hundert Patronen zu beteilen und bewahren Waffe und Munition gesichert daheim.

2. In Wien sind sofort tausend klassenbewußte Arbeiter in die Sicherheitswache, zweihundert klassenbewußte Arbeiter unter die Sicherheitsagenten einzureihen.

3. Der Exekutiv- und Verwaltungsapparat ist von sabotierenden oder parteiischen Bürokraten zu reinigen.

4. Die in Steinhof Internierten sind auf freien Fuß zu setzen.

Auf dem Gebiet der **äußeren Politik** fordert der Reichsarbeiterrat:

1. Jede Ausfuhr von Waffen und Munition nach Polen und Ungarn muß unterbleiben.

2. Mit der russischen Sowjetrepublik ist sofort Frieden zu schließen.

3. Sofortige Aufnahme der politischen Beziehungen mit Rußland. Die russische Sowjetrepublik ist einzuladen, eine stabile Gesandtschaft in Wien zu unterhalten und eine deutschösterreichische Gesandtschaft in Moskau zu stabilisieren. [illegible]

4. Vorbereitung des wirtschaftlichen Verkehrs mit Rußland. Die Leitung der vorbereitenden Arbeiten ist dem Zentralverband österreichischer Konsumvereine, die Bildung und Leitung der Einfuhr- und Ausfuhrorganisation der Großeinkaufsgesellschaft österreichischer Konsumvereine zu übertragen.

Die nächsten Aufgaben der Arbeiterräte.

1. In allen Orten Heimwehren organisieren aus verläßlichen republikanischen Elementen. Bewaffnung mit Gewehr und hundert Patronen per Mann. Gewehr und Munition hat jeder Mann gesichert daheim zu bewahren.

2. Jede Ausfuhr von Waffen und Munition nach Polen und Horthy-Ungarn verhindern.

Den durch die internationale Gewerkschaftszentrale gegen Horthy-Ungarn für den 15. Juni angedrohten Boykott nach Verhängung energisch durchführen.

3. Scharf beobachten diejenigen Heeresoffiziere, Polizeibürokraten, Polizeioffiziere, Gendarmerieoffiziere, die reaktionär sind. Jede reaktionäre, parteiische Handlung oder Unterlassung, Sabotagen immer benützen, den bewaffneten Machtapparat von diesen Feinden zu säubern.

4. Reinigung des Verwaltungsapparates. Planmäßige Aktionen gegen sabotierende, parteiische Bürokraten, Versammlungen und Demonstrationen, bis der Saboteur entfernt ist.

5. Kontrolle der Lagerhäuser, Magazine, Keller, Dachböden der Großhändler, Spediteure, Fabrikanten nach verheimlichten Vorräten zusammen mit den Sicherheitsorganen.

6. Kampf gegen den Wohnungswucher.

Die Mieter organisieren. In jedem Haus ein Mieterausschuß!

Gegen Hausbesitzer, die die Zinse wucherisch steigern, ungerechtfertigt kündigen oder gar delogieren, ferner zur Entfernung parteiischer oder sabotierender Bürokraten aus den Wohnungs- und Mietämtern Aktionen der Mieter organisieren: Mieterversammlungen, Mieterdemonstrationen.

Freiwerdende Wohnungen, Wohnräume sofort der Gemeinde anzeigen und dafür sorgen, daß die Gemeinde von ihrem Alleinvermietungsrecht Gebrauch macht. Der Ablösewucher muß verschwinden.

7. Propaganda für folgende wirtschaftliche und politische Forderungen durch Vorträge, Versammlungen, Demonstrationen.

a) Gesetzwerdung der Vermögensabgabe unter Zugrundelegung unserer Mindestbedingungen bei sonstigem Austritt der proletarischen Vertrauensmänner aus der Regierung.

b) Einreihung von tausend klassenbewußten Arbeitern in die Wiener Sicherheitswache und zweihundert klassenbewußten Arbeitern unter die Wiener Sicherheitsagenten.

c) Friedensschluß mit Sowjetrußland.

Sofortige Aufnahme der politischen Beziehungen mit Sowjetrußland: russische Gesandtschaft stabil in Wien, österreichische Gesandtschaft stabil in Moskau.

Vorbereitung des wirtschaftlichen Verkehrs mit Sowjetrußland: die Leitung der vorbereitenden Arbeiten ist dem Zentralverband österreichischer Konsumvereine, die Bildung und Leitung der Einfuhr- und Ausfuhrorganisation ist der Großeinkaufsgesellschaft österreichischer Konsumvereine zu übertragen.

d) Restlose Aufbringung der agrarischen Kontingente, nötigenfalls unter Heranziehung militärischer Assistenzen.

Einheitliche Bewirtschaftung der lebenswichtigsten Bedarfsartikel durch Staatsanstalten, deren Leitung ausschließlich Vertrauensmännern der Arbeiter, Angestellten, Beamten, Häusler, Zwerg- und Kleinbauern zu übertragen ist.

Handelsunternehmungen, die wegen Vorratsverheimlichung oder Preistreiberei verurteilt werden, verfallen dem Staate, der sie den Konsumgenossenschaften zu angemessenen Preisen überträgt. Das Personal ist in den konsumgenossenschaftlichen Dienstbetrieb zu übernehmen.

Großzügige Ausgestaltung der Gemeinschaftsküchen von Gemeinde wegen.

e) Territoriale Zusammenfassung der Betriebsräte bis zu einer Zentrale. Das harmonische Zusammenarbeiten der Zentrale / bei Leitung wirtschaftlicher Aktionen muß organisatorisch gesichert sein.

Gründliche Ausbildung der Betriebsräte. Die Mittel hat der Staat zur Verfügung zu stellen.

f) Sozialisierung aller Landwirtschaftsbetriebe über 100 Hektar. Mehreinfuhr von Kunstdünger und Futtermitteln.

Mehrbelieferung der Kohlenbergarbeiter mit Lebensmitteln.

Inangriffnahme des großen Donaukraftwerkes.

Mehreinfuhr von Kohle, Rohöl, Benzin, Rohstoffen.

Gemeinwirtschaftliche Organisierung und Entbürokratisierung der Staatsbetriebe.

g) Freilassung der in Steinhof Internierten.